

Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen



**Wie rechter Terror, Behördenkumpanei und
Rassismus aus der Mitte zusammengehen**

Herausgegeben von Bodo Ramelow

Bodo Ramelow (Hrsg.)
Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen

Bodo Ramelow (Hrsg.)

Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen

Wie rechter Terror, Behördenkumpanei und Rassismus
aus der Mitte zusammengehen

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Unterstützung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

© VSA: Verlag 2013, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Redaktionsschluss: 31. März 2013

Titelfoto: Wenige Tage nach dem Auffliegen des NSU demonstrierten
am 15. Dezember 2011 AntifaschistInnen vor der Zentrale des Thüringer
Geheimdienstes, um Licht ins Dunkel des Amtes zu bringen.

(Foto: Peter Lahn/Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag)

Druck und Buchbindarbeiten: Beltz Druckpartner GmbH & Co. KG, Hemsbach

ISBN Print 978-3-89965-550-6

ISBN ePub 978-3-89965-812-5

ISBN pdf 978-3-89965-813-2

Inhalt

Bodo Ramelow
Vorwort 9

Ein erstes Fazit

Bodo Ramelow
Staatsgeheimnisse um den NSU 14
Über das Zusammengehen von rechtem Terror,
Behördenkumpanei und Rassismus aus der Mitte

Steffen Dittes / Katharina König / Martina Renner /
Christian Schaft / Steffen Trostorff / Paul Wellsow
Was war der NSU? 24
Thesen zum rechten Terror und dem systembedingten »Versagen«
der Behörden

Stand der (Nicht-)Aufklärung

Gerd Wiegel
Abgründe des Staatsversagens 33
Ein Jahr NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag

Kerstin Köditz
»Jedem Rotlichtsünder wird mit mehr Akribie nachgegangen« 41
Die Polizei in Sachsen und der NSU

Steffen Trostorff
Thüringen: Keine lückenlose Aufklärung 47

Adrian Gabriel / Hermann Schaus
Der NSU-Mord in Kassel und der Verfassungsschützer
»Klein Adolf« 54
Warum es in Hessen keinen Untersuchungsausschuss zum NSU gibt

Redaktion LOTTA	
Die Anschläge des NSU in Nordrhein-Westfalen	62
»Kein terroristischer Hintergrund, sondern kriminelles Milieu«	
Peter Ritter	
Kein Mahnmal für NSU-Opfer	70
Zum Umgang mit dem NSU in Mecklenburg-Vorpommern	
Thumilan Selvakumaran	
Kapuzen, Killer, Kiese Wetter	76
Kontakte des NSU nach Baden-Württemberg	
Im Dunkeln	82
Sachsen-Anhalt: Kein Interesse an der Aufklärung – Interview mit David Begrich	
Moritz Assall / Lisa Lührs	
Keine Empörung	85
NSU und Aufklärung in Hamburg	
René Heilig	
»Piato« und der »Bums«	92
Brandenburgs Verfassungsschutz drückt sich	

Nazis und Rechtsterrorismus

Marcel Eilenstein	
Der vergessene Terror von Rechts	98
Von den Anfängen bis 1990	
Gamma-Redaktion Leipzig	
Blut und Ehre, Hass und Spitzel	107
Das »Blood & Honour«-Netzwerk in Sachsen	
Eike Sanders / Kevin Stützel / Klara Tymanova	
Taten und Worte	114
Neonazistische »Blaupausen« des NSU	
Felix Korsch	
Der Untergrund jenseits des NSU	126
Militanter Neonazismus und Rechtsterrorismus in Sachsen	

Jan Dirac	
»Brandstifter-Effekt«	135
Der Geheimdienst und seine Neonazi-Spitzel	

Katharina König	
Reaktionen der extremen Rechten auf den NSU	141

Geheimdienste

Jens Petermann	
Geheimdienste abschaffen	149
Braucht die Demokratie eine Spitzelbehörde à la »Verfassungsschutz«?	

Rolf Gössner	
»Verfassungsschutz« im Aufwind?	155
Die neue »Sicherheitsarchitektur« bedroht Demokratie und Bürgerrechte	

Philipp Vergin	
Alte Kameraden – Zur braunen Geschichte des BND	163

Stefan Wogawa	
Die »guten Agenten des MAD«?	170

Friedrich Burschel	
Verfassungsschutzwissenschaftsjournalismus	178
Von der Uni über den Geheimdienst in die Publizistik, Forschung und Bildung	

Rassismus der Mitte

Sabine Berninger	
Rassistische Ermittlungen im Fall des NSU	185

Fehler der Inlandsgeheimdienste und die Chancen des Strafprozesses	193
Ein Interview mit Yavuz Selim Narin zum Prozessauftakt gegen den »Nationalsozialistischen Untergrund«	

Murat Çakir
Die türkische Sicht auf die NSU-Morde 201

Christian Schaft
Wenn Menschen zu Dönern werden 207
Wie Stereotype in der journalistischen Berichterstattung
verankert sind

Zwei Schlussworte

Petra Pau
Wie gehabt! Als sei nichts gewesen! 212

Gregor Gysi
Schock, Trauer und Empörung 215

Anhang

Literatur & Dokumente 221

Weitere Informationen zum NSU im Internet 227

Eine Chronik 230

Auf einen Blick: Das Netz des NSU 235

Die Autorinnen und Autoren 236

Bodo Ramelow

Vorwort

129 Unterstützerinnen und Unterstützer sowie Kontaktpersonen soll der »Nationalsozialistische Untergrund« (NSU) gehabt haben. Diese Meldung läuft in diesen Tagen über die Ticker, als wäre sie eine Neuigkeit und eine Sensation. Dass sich diese braune Truppe, die 13 Jahre lang unbehelligt morden und Bomben legen konnte, auf ein festes Netz von Neonazis – und darunter nicht wenige staatlich bezahlte Spitzel – stützen konnte, das ist doch schon lange klar.

Der NSU, das waren eben nicht nur drei 1998 in Jena abgetauchte Neonazis aus dem »Thüringer Heimatschutz«. Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe waren vielleicht der Kern, doch das Netzwerk aus alten und jungen »Kameraden« formte sich über Jahre unter den Augen des Staates. Die internationalen Nazi-Netzwerke »Blood & Honour« und »Combat 18«, die in Thüringen ein und aus gingen, die Szene aus »Kameradschaften« und Neonazi-Bands, die Ausläufer der »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« oder die bis heute kaum beobachteten internationalen Strukturen der Nazi-Szene mit Alt- und Neonazis – das war das Milieu, in dem in den frühen 1990er Jahren die Ideen für Mord und Totschlag geboren wurden, und in dem die späteren Täter Hilfe für ihr Leben im Untergrund finden konnten. Das war auch das Milieu, das die Bewaffnung und den militärischen Drill systematisch betrieb – bis in die Weiten Südafrikas, wo deutsche Neonazis – vom »Militärischen Abschirmdienst« ordentlich erfasst – an Waffen trainierten. Gewarnt hatten viele davor, gehört wurden sie nicht.

Der Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft, angetrieben auch durch die unerträglichen Debatten der Politik um die Abschaffung des Asylrechts und die Abschottung Deutschlands gegen Flüchtlinge, bereitete den Boden. Rassismus – das ist neben all den offenen Fragen um das Agieren des Staates das eigentliche Thema im Fall des NSU. Denn auch der Rassismus, der Antisemitismus, der Antiziganismus und die Islamophobie in der Gesellschaft sowie in Behörden führten dazu, dass zuerst die Opfer des braunen Terrors und ihre Angehörigen in den Fokus der

Fahndungen gerieten und nie ernsthaft Rassismus als Tatmotiv und Neonazis als Täter erkannt wurden.

Vor einem Jahr haben wir – noch ganz unter dem Eindruck des ersten Erschreckens über die Morde des NSU – unter dem Titel »Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal« eine erste Wissenssammlung und erste vorsichtige Einschätzungen zum Thema vorgelegt. Dabei richtete sich der Blick vor allem auf die 1990er Jahre in Sachsen und Thüringen. Mit zahlreichen Diskussionsveranstaltungen und Vorträgen waren wir seitdem quer durch die Bundesrepublik unterwegs. Auch dieses Jahr haben wir wieder den 8. Mai, den Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus, als Erscheinungsdatum für unser neues Buch gewählt. Denn mit diesem Datum verbinden wir ein klares Bekenntnis zum Antifaschismus. Blockaden gegen Naziaufmärsche wie in Dresden, antirassistische Bildung oder Initiativen gegen Naziläden – all das ist wichtig und notwendig. Doch der Kampf gegen Rechts darf nicht allein die Sache der »Anständigen« sein. Auch die »Zuständigen« in Ämtern, Behörden und Rathäusern haben die Pflicht, die Wiederbelebung von nationalsozialistischem und faschistischem Denken und Handeln zurückzudrängen. Angesichts gesellschaftlicher Verschiebungen nach rechts halten wir es daher für notwendig, dem Antifaschismus durch eine Verankerung in den Landesverfassungen und dem Grundgesetz Verfassungsrang zu geben. Ob bei der Gesetzgebung, der Rechtsprechung, bei Verwaltungstätigkeiten oder der Vergabe öffentlicher Räume – neonazistischer und faschistischer Ideologie müssen auch hier Riegel vorgeschoben werden. Bis heute, auch nach dem Auffliegen des NSU, erleben wir nicht nur in Thüringen immer wieder, dass sich Neonazis in der Gesellschaft breitmachen – und dabei oft zu spät oder gar nicht auf Widerstand stoßen. Sportvereine oder Feuerwehren werden immer wieder Ziel von Unterwanderungs- und Vereinnahmungsstrategien. Aber auch Gewerkschaften, Vereine, Parteien und Abgeordnete geraten ins Visier von Neonazis – das mussten wir in den vergangenen Jahren immer wieder leidvoll erleben. Um dagegen vorzugehen, braucht es Handwerkszeug, Kompetenzen und politischen Willen.

Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen – unter diesem Titel wollen wir unsere bisherigen Erkenntnisse und Thesen zur Diskussion stellen. 15 Monate sind nun seit dem Auffliegen des NSU vergangen. Seit gut einem

Jahr arbeitet der Untersuchungsausschuss im Thüringer Landtag. Ein erster Zwischenbericht liegt vor, mehr als 550 Seiten stark. Auch aus den Ausschüssen im Bundestag und den Landtagen von Bayern und Sachsen wissen wir mittlerweile viel über das Entstehen der Neonazi-Szene in den 1990er Jahren und das Agieren des Staates. Er reagierte nicht nur völlig falsch auf die Bedrohung von rechts, sondern finanzierte über sein System der Spitzel (»V-Leute«) den Aufbau der Szene sogar noch mit. Und wer einmal auf der Gehaltsliste der Ämter stand, erhielt offenbar obendrein auch Schutz vor Polizei und Justiz. Warnungen vor Razzien und eine schützende Hand bei Verfahren, davon berichten Kripo-Beamte in den Ausschüssen, die gegen neonazistische Gewalt- und Straftäter vorgehen wollten. Dabei ist doch ein Versprechen des bürgerlichen Rechtsstaates, die Menschen in seinem Wirkungsbereich vor Straftaten, vor Mord und Unrecht zu schützen. Im Falle des NSU wurde dieses Versprechen nicht gehalten. Der Staat hat versagt.

Ob es auch aktives oder gar gezieltes Mitwirken staatlicher Stellen an den Morden des NSU gegeben hat, dafür haben wir bisher keine belastbaren Beweise. Doch das offenbar zielgenaue Vernichten und Schreddern von relevanten Akten gibt uns Hinweise, dass ordnende Hände an der einen oder anderen Stelle zumindest nachjustiert haben. Ob das ein Schutzmechanismus zur Vertuschung von aus dem Ruder gelaufenen Geheimdienstaktionen ist oder ob Mittäterschaft zu unterstellen ist, das muss vorerst offenbleiben. Auffällig ist aber die scheinbar endlose Aneinanderreihung von »Fehlern« und »Versagen« der deutschen Sicherheitsbehörden in diesem Fall. Ebenso auffällig ist, dass es um die Rolle des Auslandsgeheimdienstes »Bundesnachrichtendienst« (BND) so ohrenbetäubend still ist – ganz so, als ob Trainingslager mit Waffen und Sprengstoff in anderen Staaten Ruhezonen für deutsche Nazis wären. Dass trotz all der bisher bereits gefundenen Verstrickungen deutscher mit ausländischen Nazistrukturen und anderen Diensten der BND vollkommen unbeteiligt gewesen sein soll, halte ich für unglaubwürdig.

Werden wir, wenn die Untersuchungsausschüsse ihre Arbeit beendet haben, die Wahrheit kennen? Vermutlich nicht. Doch dass staatliche Stellen – allen voran die Geheimdienste – im Fall der rassistischen Mordserie des NSU Schuld auf sich geladen haben, ist bereits jetzt offensichtlich. Daher geht es nicht mehr allein um Aufklärung und Trans-

parenz. Es geht auch um Verantwortung und um die Frage, wer sie trägt. Und es geht um die Zukunft der Geheimdienste. Wenn die Dienste nichts verhindern, nichts aufklären und nicht Leben schützen konnten, dann sind sie überflüssig und gehören abgeschafft. Wenn sie von den Taten wussten und trotzdem nichts taten, sind sie unfähig und gehören abgeschafft. Wenn sie aber sogar mit dabei waren, dann sind sie lebensgefährlich und müssen sofort abgeschaltet und zur Rechenschaft gezogen werden. Es ist der nicht-transparente und unkontrollierbare Charakter der Geheimdienste – gekoppelt mit ihren Wurzeln im deutschen Faschismus –, der sie zu völlig untauglichen und grundsätzlich falschen Instrumenten macht. Unsere Vorschläge zur Auflösung des »Verfassungsschutzes« und zur Einrichtung von öffentlichen und transparenten Demokratie-Zentren haben bisher leider weder im Bundestag noch in den Landtagen Mehrheiten gefunden. Stattdessen laufen die Planungen zum Umbau der Sicherheitsarchitektur, wie sie von allen anderen Parteien im Bundestag und dem Thüringer Landtag vertreten werden, auf eine Erweiterung der Kompetenzen der Geheimen und eine Zentralisierung ihrer Arbeit hinaus. Ein Modell, dem wir uns allein aus demokratischen Erwägungen widersetzen müssen.

Ebenso wie für unser erstes Buch zum NSU (»Made in Thüringen?«, Hamburg: VSA 2012) haben wir auch für diesen neuen Sammelband Expertinnen und Experten aus antifaschistischen Initiativen, aus Medien und der Politik als Autorinnen und Autoren gewinnen können. Uns ist es wichtig, dass gerade auch jene, die seit vielen Jahren kontinuierlich und unabhängig von politischen Konjunkturen gegen Rechts arbeiten, zu Wort kommen. Ihre Analysen und ihr Wissen sind wertvoller als jeder »Verfassungsschutzbericht« oder jede Schrift so genannter Extremismus-Experten. Unser Dank gebührt ihnen, ebenso wie den engagierten Abgeordneten verschiedener Fraktionen in den Untersuchungsausschüssen, den investigativen Journalistinnen und Journalisten sowie den antifaschistischen Initiativen, die seit 15 Monaten mit Hochdruck an der Aufklärung des NSU arbeiten. Ohne sie wüssten wir heute weitaus weniger über Neonazis, die Verstrickungen der Geheimdienste und das Agieren der staatlichen Institutionen.

Mit Spannung schaue ich auf den Prozess gegen Zschäpe und einige mutmaßliche NSU-Helfer, der in diesen Tagen in München beginnt. Ich

wünsche den Angehörigen und den Familien der Mordopfer und den Opfern der Bombenanschläge, die dort als Nebenklägerinnen und -kläger auftreten, viel Kraft und Erfolg in ihrem Kampf um ein wenig nachträgliche Gerechtigkeit! Und ich hoffe, dass durch den Prozess noch viel mehr über die Hintergründe des NSU ans Licht kommt. Zu klären ist vor allem, ob es eine ordnende Hand gab. Denn bis heute haben wir mehr Fragen als Antworten.

Bodo Ramelow

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag
Erfurt, 27. März 2013

Eine Chronik¹

1995

Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe werden erstmals im »Nachrichtendienstlichen Informationssystem« (NADIS) der Verfassungsschutzbehörden gespeichert.

Anfang 1995 versuchte der »Militärische Abschirmdienst« (MAD), Uwe Mundlos als Mitarbeiter und Informant zu gewinnen. Mundlos lehnte das ab.

1997

24. November: Das »Landesamt für Verfassungsschutz« (LfV) Thüringen observiert Böhnhardt und Mundlos bis zum 1. Dezember, wie sie mögliche Bombenbauteile kaufen und in eine Garage bringen.

1998

26. Januar: Die Polizei durchsucht Wohnungen und eine von Zschäpe gemietete Garage; sie entdeckt die Bombenwerkstatt und vier funktionsfähige Rohrbomben mit 1,4kg TNT. Böhnhardt fährt ungehindert davon – das Trio taucht bei einem Bekannten in Chemnitz unter.

Februar: Mandy S. bringt die Flüchtigen bis Spätsommer bei den Brüdern F. und danach bei ihrem Freund Max B. in Chemnitz unter; Zschäpe nutzte auch den Namen Mandy Struck als Tarnname. Im Zwickauer NSU-Versteck werden später Bahncards einer der Brüder gefunden.

Juni: Das »Bundesamt für Verfassungsschutz« (BfV) informiert das Landesamt in Thüringen über ein konspiratives Versteck für die Untergetauchten in Dresden; das Thüringer »Landeskriminalamt« (LKA) bleibt untätig.

September: Die Drei ziehen unter falschem Namen bis April 1999 in eine eigene Chemnitzer Wohnung.

1999

6. Oktober: In Chemnitz erbeuten Böhnhardt und Mundlos in einer Bank mehrere 1.000 DM; es ist der erste von mindestens 13 weiteren Überfällen bis 2011 in Chemnitz, Zwickau, Stralsund, Arnstadt und Eisenach.

2000

Juli 2000-Mai 2001: Umzug des Trios nach Zwickau.

¹ Eine ausführliche und ständig aktualisierte Fassung der Chronik mit Quellenangaben finden Sie unter www.die-linke-thl.de/naziterror (erstellt von Steffen Dittes/Sören Freerks/Christian Schaft).

9. September: In Nürnberg wird der Blumenhändler Enver S. ermordet. Es ist der Beginn der NSU-Mordserie; ihr fallen zehn Menschen zum Opfer. Die Tatwaffe neunmal die gleiche Ceska 83.

2001

19. Januar: Sprengstoffanschlag auf ein deutsch-iranisches Geschäft in Köln; ein 19-jähriges Mädchen wird schwer verletzt. 2011 wird die Tat dem NSU zugeschrieben.

9. März: Ein erstes NSU-Bekennervideo wird von den Untergetauchten abgespeichert.

13. Juni: Zweiter Mord an Abdurrahim Ö. in Nürnberg.

27. Juni: Sülleyman T. wird in Hamburg ermordet.

29. August: Ermordung von Habil K. in München.

Herbst: Ein zweites NSU-Bekennervideo entsteht.

2002

März: Die Untergetauchten schreiben einen Unterstützerbrief und speichern ihn ab. Im Neonazi-Fanzine »Der Weisse Wolf« ist zu lesen: »Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen ;-). Der Kampf geht weiter...«.

2004

25. Februar: Mehmet T. wird in Rostock ermordet, er ist das fünfte Opfer des NSU.

9. Juni: In Köln explodiert eine Nagelbombe; 22 Verletzte. Der NSU soll den Anschlag verübt haben.

2005

5. Juni: Ermordung von Ismail Y. in Nürnberg; die Polizei vermutet Drogengeschäfte als Hintergrund.

15. Juni: Theodor S. wird in München ermordet. Ein Handyanruf geht aus der Nähe zu einer Telefonzelle in Zwickau.

2006

4. April: Ermordung von Mehmet K. in Dortmund.

6. April: Halit Y. wird in einem Kasseler Internetcafés ermordet. Ein Mitarbeiter des LfV Hessen ist mindestens noch eine Minute zuvor am Tatort; in seiner Wohnung findet die Polizei NS-Bücher, Waffen, Munition; eine Verbindung zum Mord bleibt ungeklärt.

2007

25. *April*: Zehnter und letzter Mord an Michèle Kiesewetter; das NSU-Trio war zu dritt in Heilbronn. Die ermordete Polizistin sprach am Vortrag in Oberweißbach von ihrer Sonderschicht.

2011

3. *November*: Zschäpe soll in einer Eisenacher Wohnung gewesen sein; Polizeihunde schlugen dort später an.

4. *November*: Bönnhardt und Mundlos begehen ihren letzten Banküberfall in Eisenach; die Polizei spürt das Fluchtwohnmobil auf; ein Schuss wird aus dem Fahrzeug abgegeben. Die Täter setzen es in Brand und richten sich selbst.

4. *November*: Zschäpe legt Feuer in der Wohnung in Zwickau und flieht; ein Teil des Hauses explodiert. Die Polizei findet unter anderem konspirative Räume, ein Bekennervideo und mindestens 20 Waffen, darunter die Ceska 83 und die Dienstwaffe von Michèle Kiesewetter.

4.-8. *November*: Die Flüchtige telefoniert mit André E. und verschickt Bekennervideos; sie fährt mit dem Zug nach Chemnitz, Leipzig, Eisenach, Bremen, Hannover, Magdeburg, Halle, wieder nach Eisenach und von dort erneut nach Halle. Schließlich reist sie über Dresden nach Jena. Dort stellt sie sich in Begleitung eines Anwalts der Polizei, die sie zunächst nicht erkennt.

11./13. *November*: Die Bundesanwaltschaft ermittelt und erlässt Haftbefehl gegen Zschäpe.

13. *November*: Holger G. wird in Lauenau bei Hannover festgenommen; der Mietvertrag lief auf seinen Namen.

2012

9. *Februar*: Beginn des Bundestags-Untersuchungsausschusses zum NSU.

16. *Februar*: Beginn des NSU-Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag.

18. *Februar*: Generalbundesanwalt Harald Range kündigt für Herbst 2012 an, Anklage zu erheben.

7. *März*: Der Sächsische Landtag beschließt mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen und SPD einen Untersuchungsausschuss.

22. *März*: DIE LINKE beantragt im Thüringer Landtag die Auflösung des TLFv und die Einrichtung eines Informations- und Dokumentationszentrums. CDU, FDP, Grüne und SPD lehnten das ab.

23. *April*: Bei der Anhörung des NSU-Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag warfen Wissenschaftler, Experten und Antifaschisten den Thüringer Behörden und der Landesregierung in den 1990er Jahren Versagen beim Kampf gegen Rechts vor.

26. *April*: Laut Aussagen bayerischer Ermittler vor dem Bundestags-Untersuchungsausschuss haben die bayerische Sonderkommission »Bosporus« sowie ihre Vorgänger und angeschlossenen Kommissionen rund 32 Millionen Daten ausgewertet, sind 3.500 Ermittlungsspuren gefolgt, haben rund 112.000 Personen überprüft, 16 Millionen Funkzellen-, 13 Millionen Kreditkarten- und 60.000 Verkehrsdaten überprüft. Dazu durchforstete man 27.000 Hotelbuchungen sowie rund eine Million Mietwagenrechnungen.

15. *Mai*: Die Thüringer »Schäfer-Kommission« legt ihren Untersuchungsbericht vor; es ist der erste seit dem Bekanntwerden des NSU. Das Gremium hatte Gründe für die gescheiterte Festnahme der drei Neonazis 1998 recherchiert. Das Ergebnis: Alle Thüringer Behörden, von Landeskriminalamt, Staatsanwaltschaft bis zum TlfV, haben erhebliche Fehler begangen und mitunter systematisch versagt.

24. *Mai*: Günther Beckstein (CSU) wird vom Bundestagsuntersuchungsausschuss befragt. Der frühere bayerische Innenminister sah 2006 keine Anhaltspunkte für eine rassistische Mordserie und sieht keine Versäumnisse der bayerischen Soko »Bosporus«.

6. *Juni*: Bei einer Razzia in zehn Objekten in Jena, Crawinkel, Saalfeld und Altenburg sucht die Polizei unter anderem nach Waffen. Unter den durchsuchten Gebäuden befindet sich auch das so genannte »Braune Haus« in Jena.

11. *Juni*: Im NSU-Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags kommt heraus, dass das TlfV in der Region Jena einen weiteren V-Mann führte.

5. *Juli*: In Bayern konstituiert sich ein weiterer Untersuchungsausschuss zum NSU.

10. *September*: Bei der Befragung des Thüringer Ex-Geheimdienstchefs Helmut Roewer wird bekannt, dass es keine Dienstvorschriften für die Spitzel des Thüringer Verfassungsschutzes gab. Die Vorschriften seien während seiner gesamten Amtszeit in Ausarbeitung gewesen, jedoch nie fertiggestellt worden.

20. *September*: Es wird bekannt, dass das BfV jahrelang einen weiteren V-Mann im Umfeld des Terrortrios gehabt hat. Der Neonazi Thomas R. soll von 1997 bis 2007 unter dem Namen »Corelli« geführt worden sein.

7. *November*: Die Bundesanwaltschaft erhebt Anklage gegen Beate Zschäpe und vier weitere Tatverdächtige. Zu den vier weiteren Beschuldigten zählt der mutmaßliche NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben. Weiterhin wurde Anklage erhoben gegen Carsten S., André E. und Holger K.

2013

17. *Januar*: Die Zeugenbefragung im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss deckt auf, dass das TLfV offenbar überlegt hatte, 1997 Zschäpe anzuwerben. Allerdings sei der Plan nicht umgesetzt worden, weil Zschäpe laut Verfassungsschutz Drogen genommen haben soll.

28. *Januar*: Es wird gegen den mutmaßlichen Unterstützer der Terrorzelle André K. ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es wird davon ausgegangen, dass der Jenaer Neonazi, die NSU-Mitglieder Böhnhardt und Mundlos zu dem Banküberfall am 4. November 2011 in Eisenach begleitet hat.

31. *Januar*: Die Anklage der Bundesanwaltschaft gegen Zschäpe wird zugelassen.

28. *Februar*: Der Thüringer Untersuchungsausschuss verabschiedet einen öffentlichen, mehr als 550 Seiten starken Zwischenbericht und zieht eine erste Bilanz. DIE LINKE enthält sich der Stimme und legt ein ergänzendes Sondervotum ab.

1. *März*: Eine neue Ermittlungspanne kommt ans Licht. Das BKA und das Thüringer LKA haben 1998 bei der Suche nach den untergetauchten Terroristen versäumt, mehrere Adresslisten auszuwerten, die sich aus heutiger Sicht wie ein Personen- und Telefonverzeichnis der Beschuldigten und Unterstützer des Nationalsozialistischen Untergrundes lesen.

11. *März*: der Thüringer Untersuchungsausschuss stellt seinen Zwischenbericht vor. Heftig in der Kritik steht der Verfassungsschutz und dessen Praxis der V-Leute-Führung. Weiterhin werden Ermittlungsfehler dargestellt und die Auflösung der gegen Rechtsextremismus gerichteten Polizeisondereinheit »Soko-Rex« 1997 kritisiert.

17. *März*: Es wird bekannt, dass zwischen 2005 und 2006 in Jena ein Neonazi als »Vertrauens-Person« (VP) angeworben worden ist.

NSU

Beate Zschäpe Uwe Böhnhardt Uwe Mundlos

WEITERE ANGEKLAGTE

Holger G. André E. Ralf Wohlleben Carsten S.

WEITERE UNTERSTÜTZER

Mandy S. Jan Botho W. Antje P. Thomas R. (Corelli)★
Thomas S.★ Susann E. André K. Tino B. (Otto)★
Carsten S. (Piatto)★ Max Florian B. Matthias D.

WEITERES UMFELD

Steffen R. Mario B. Stefan A. Kai D.★
Marcel D. (Hagel)★ Thorsten H. David P. Ralf M. (Primus)★
Thomas D. (Küche)★ Maik E.

ORGANISATIONEN

Blood & Honour Chemnitz Concerts 88
Anti-Antifa Ostthüringen Thüringer Heimatschutz
Hammerskins Weiße Arische Bruderschaft Erzgebirge
Ku Klux Klan Deutschland

Weitere Infos zu den Personen & Organisationen gibt es unter www.haskala.de

★ V-Person eines Landeskriminalamtes oder vom Verfassungsschutz

Die Autorinnen und Autoren

Moritz Assall ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Mitgliedes der Hamburgischen Bürgerschaft Christiane Schneider (DIE LINKE).

David Begrich ist Mitarbeiter bei »Miteinander e.V. – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt«.

Sabine Berninger ist Sprecherin für Justiz-, Migrations- und Integrationspolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Friedrich Burschel ist Referent zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit bei der Akademie für Politische Bildung der »Rosa Luxemburg Stiftung« in Berlin.

Murat Çakir ist Geschäftsführer der »Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen«.

Jan Dirac ist freier Journalist.

Steffen Dittes ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Marcel Eilenstein studierte Geschichte und Sozialwissenschaft in Jena und beschäftigt sich seit 1998 mit Rassismus, Neofaschismus und Neonazismus.

Sören Frerks ist Soziologe, Autor und schreibt unter anderem für das antifaschistische Fachblatt »der rechte rand«.

Adrian Gabriel ist Referent der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag und war maßgeblich an der Studie »Braunes Erbe – Die NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter« beteiligt.

Gamma ist ein antifaschistischer Newsflyer und informiert über Nazi-Strukturen und -Aktionen in Sachsen. Die Redaktion berichtet unter <http://gamma.noblogs.org>

Rolf Gössner ist Anwalt, Publizist und Vizepräsident der »Internationalen Liga für Menschenrechte«, stellvertretender Richter am Bremer Staatsgerichtshof, Mitglied der Deputation für Inneres der Bremischen Bürgerschaft sowie Mitherausgeber des jährlich erscheinenden »Grundrechte-Reports« und Autor zahlreicher Bücher zum Thema Demokratie, Innere Sicherheit und Bürgerrechte.

Gregor Gysi ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag.

René Heilig ist Journalist bei der Tageszeitung »neues deutschland«. Er recherchiert unter anderem zu rechtem Terror und begleitet die Arbeit der NSU-Untersuchungsausschüsse.

Kerstin Köditz ist Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Sprecherin der Fraktion für antifaschistische Politik und Obfrau ihrer Fraktion im Sächsischen NSU-Untersuchungsausschuss.

Katharina König ist Abgeordnete im Thüringer Landtag, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Jugendpolitik, Netzpolitik und Antifaschismus sowie Mitglied im Thüringer Untersuchungsausschuss 5/1 zum NSU und rechten Terror.

Felix Korsch ist freier Journalist in Leipzig und wissenschaftlicher Mitarbeiter. Für die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag begleitet er den NSU-Untersuchungsausschuss.

LOTTA ist eine antifaschistische Zeitschrift aus Nordrheinwestfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen. Das Redaktionskollektiv betreibt auch den Blog »NRW rechtsaußen«.

Lisa Lühns ist Juristin in Hamburg.

Yavuz Selim Narin ist Rechtsanwalt in München und vertritt die Familie und Angehörigen des NSU-Opfers Theodoros Boulgarides, als Nebenkläger im Prozess gegen Beate Zschäpe.

Petra Pau ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und für DIE LINKE Mitglied im 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestags (»Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund«).

Jens Petermann ist Mitglied des Deutschen Bundestages für DIE LINKE und gehört dem Rechtsausschuss, dem Sportausschuss und dem Untersuchungsausschuss »Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund« an. Vorher war er als Richter in der Thüringer Justiz tätig.

Bodo Ramelow ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Vorstandsmitglied der »Rosa-Luxemburg-Stiftung« sowie Mitglied im Untersuchungsausschuss 5/2 »V-Leute gegen Abgeordnete«.

Martina Renner ist stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, innenpolitische Sprecherin der Fraktion und Mitglied im Thüringer Untersuchungsausschuss 5/1 zum NSU und rechten Terror.

Peter Ritter ist parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und Sprecher für Friedens- und Innenpolitik, Antifaschismus, Gender Mainstreaming, Gleichstellung und Datenschutz der Fraktion.

Eike Sanders ist Mitarbeiterin des »antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrum« (apabiz e.V.) in Berlin und engagiert sich unter anderem im »Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus«.

Christian Schaft studiert an der Universität Erfurt Kommunikationsforschung mit dem Schwerpunkt politische Kommunikation.

Hermann Schaus ist Sekretär der Gewerkschaft ver.di. Er ist innen-, kommunal- und gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag und deren Parlamentarischer Geschäftsführer.

Thumilan Selvakumaran schreibt vor allem für das »Haller Tagblatt« und die »Südwest Presse«.

Kevin Stützel promoviert zu Jugendarbeit mit neonazistisch orientierten Jugendlichen und arbeitet zu den Themen Neonazismus, Gender und Rassismus.

Steffen Trostorff ist Jurist und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag zur Begleitung des Untersuchungsausschusses 5/1 zum NSU und rechten Terror.

Klara Tymanova beschäftigt sich hauptsächlich mit dem historischen Nationalsozialismus und aktueller Gedenkpolitik.

Philipp Vergin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro des Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE Jan Korte.

Paul Wellsow ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Mitarbeiter im Untersuchungsausschuss 5/2 »V-Leute gegen Abgeordnete« und schreibt unter anderem für das antifaschistische Fachblatt »der rechte rand«.

Gerd Wiegel ist Referent zu den Themen Rechtsextremismus und Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Mitarbeiter im NSU-Untersuchungsausschuss.

Stefan Wogawa ist Internet-Redakteur der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.